



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

18. April 2019

Wochenbericht KW 16

forsa | Emnid | IfD Allensbach | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 30 % und 28 %, SPD zwischen 18,5 % und 16 % Grüne zwischen 21 % und 18 %, AfD zwischen 13 % und 12 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden weiter hoch
Flüchtlinge:	Mehrheitlich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland Mehr Bürger sehen Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	29 (-)	28 (-2)	30,0 (-)	29 (-)
SPD	16 (-)	18 (+1)	18,5 (+0,5)	16 (-1)
FDP	10 (-)	8 (-1)	9,0 (+0,5)	8 (-1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)	8,0 (-0,5)	8 (-)
B'90/Grüne	19 (-1)	19 (+2)	18,0 (-1,0)	21 (+1)
AfD	12 (-)	13 (+1)	12,5 (+0,5)	13 (+1)
Sonstige	6 (+1)	5 (-1)	4,0 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	08.-12.04.	11.-17.04.	01.-12.04.	15.-16.04.

Die Union liegt bei forsa 13 (-), bei infratest dimap 13 (+1), bei IfD Allensbach 11,5 (-0,5) und bei Emnid 10 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	32 (-2)
Nahles	14 (-3)
Kramp-Karrenbauer	28 (-1)
Scholz	25 (-1)
Erhebungszeitraum	08.-12.04.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 18 (+1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und weiterhin mit 3 (-) Prozentpunkten nur knapp vor Olaf Scholz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (21.04.2019)

² im Vergleich zur KW 13

³ im Vergleich zur KW 14

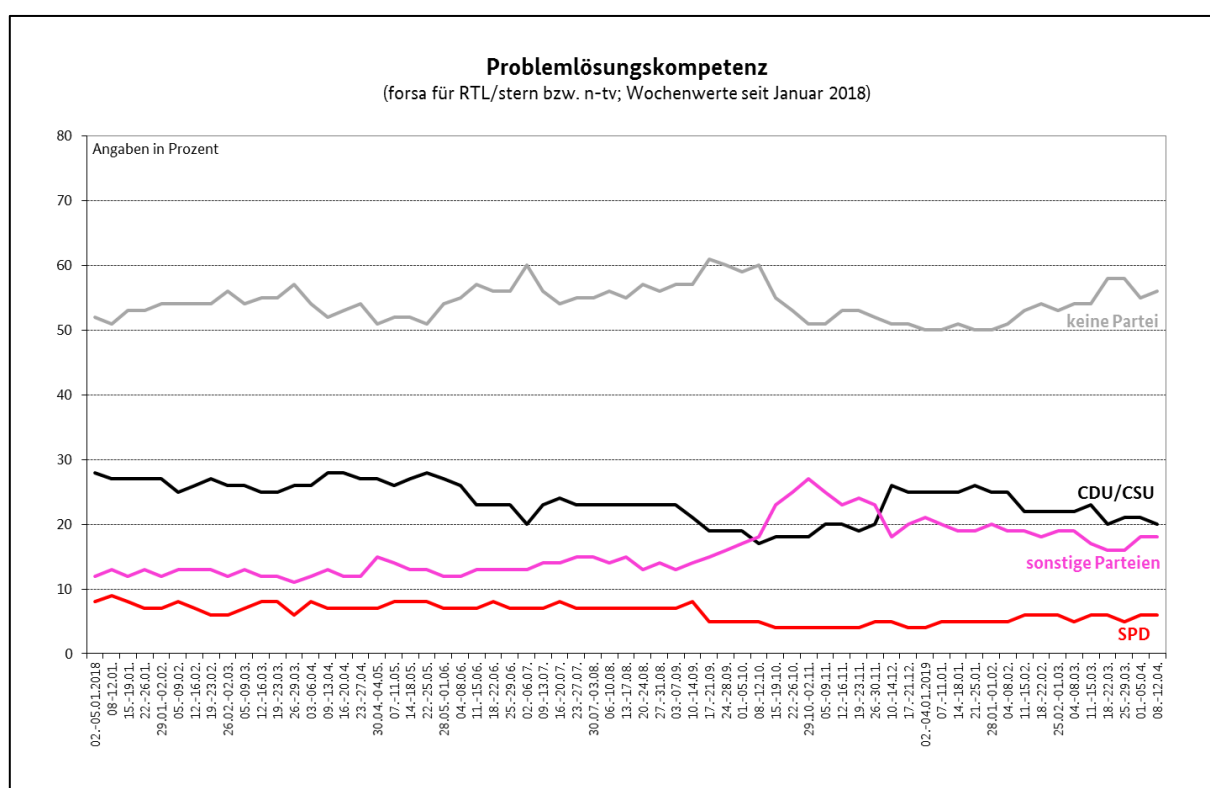
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	20	(-1)
SPD	6	(-)
sonstige Parteien	18	(-)
keine Partei	56	(+1)
Erhebungszeitraum	08.-12.04.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 14 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

56 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



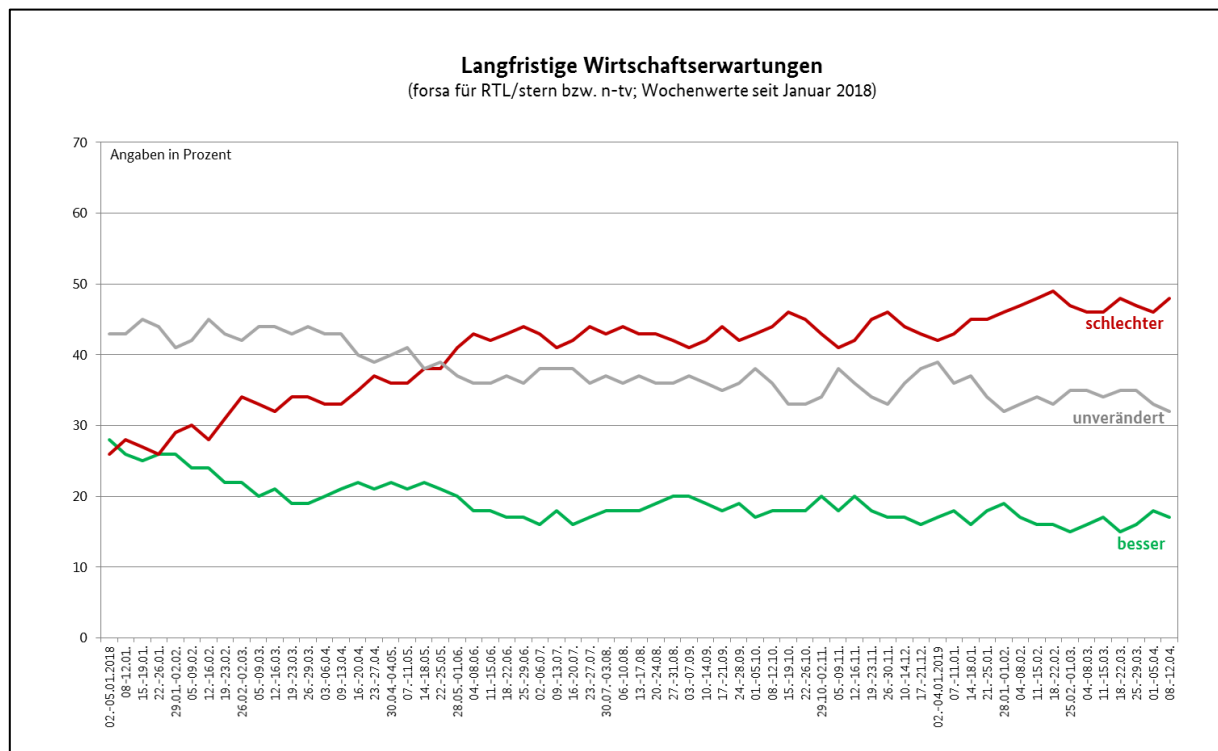
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	17	(-1)
schlechter	48	(+2)
unverändert	32	(-1)
Erhebungszeitraum	08.-12.04.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 31 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	forsa für BPA	
sehr große	11	(-1)
große	46	(+1)
wenig	34	(-)
keine	8	(-)
Erhebungszeitraum	18.-12.04.	

Ostdeutsche (64 %) sowie Anhänger der Grünen (66 %) und der Linkspartei (62 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (66 % zu 50 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (65 % zu 49 %).

Anhänger der Union und der FDP (jew. 47 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	forsa für BPA	
USA	19	(-2)
Naher Osten, arabische Länder	12	(+3)
Umwelt, Klima	11	(+3)
Asylbewerber, Flüchtlinge	9	(+1)
Russland	7	(-)
(Welt-)Wirtschaftskrise	5	(+2)
Syrien	5	(-)
Krieg, Terrorismus allgemein	5	(-2)
Erhebungszeitraum	08.-12.04.	

Von den Bundesbürgern werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen. Anhänger der Linkspartei (27 %) und der SPD (24 %) nennen sie überdurchschnittlich häufig.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	43	(+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	7	(-)
Deutschland tut bereits genug	47	(-2)
Erhebungszeitraum	08.-12.04.	

Personen mit hoher formaler Bildung (50 %), Gutverdiener und unter 30-Jährige (jew. 48 %) sowie Anhänger der Grünen (63 %) und der Linkspartei (56 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (22 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Geringverdiener (57 %), Ostdeutsche, Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (jew. 55 %) und Frauen (53 %) sowie Anhänger der FDP (56 %) und der Union (54 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 13

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	42	(+3)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	15	(-2)
verhält sich alles in allem genau richtig	38	(-1)
Erhebungszeitraum	08.-12.04.	

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (50 %), Ostdeutsche und 30- bis 59-Jährige (jew. 47 %) sowie Anhänger der AfD (73 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (34 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Grünen (51 %), der FDP (49 %), der SPD (46 %) und der Union (44 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	Emnid für BPA	
mache mir Sorgen	41	(+3)
mache mir keine Sorgen	56	(-4)
Erhebungszeitraum	10.-16.04.	

Über 60-Jährige (50 %), 40- bis 49-Jährige (48 %) und Ostdeutsche (47 %) sowie Anhänger der AfD (90 %) und der Union (53 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Frauen sind häufiger besorgt als Männer (46 % zu 36 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (56 % zu 25 %).

Unter 30-Jährige (68 %) sowie Anhänger der Grünen (81 %), der FDP (64 %) und der SPD (63 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.

Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	10	(+4)	22	(-)
eher Nachteile	47	(+1)	34	(+1)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	35	(-7)	37	(-2)
Erhebungszeitraum	10.-16.04.			

Kurzfristig sehen 50- bis 59-Jährige (54 %) und Ostdeutsche (52 %) sowie Anhänger der AfD (88 %) und der Union (52 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Auch langfristig sehen überdurchschnittlich häufig Anhänger der AfD (92 %), der Union (39 %) und Ostdeutsche (49 %) sowie Personen mit einfacher formaler Bildung (43 %) und 40- bis 59-Jährige (41 %) eher Nachteile. Personen mit hoher formaler Bildung (33 %) und unter 30-Jährige (30 %) sowie Anhänger der Grünen (46 %) sehen langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	Emnid für BPA	
eher voran	29	(+6)
eher nicht voran	62	(-8)
Erhebungszeitraum	10.-16.04.	

Unter 30-Jährige (46 %) sowie Anhänger der Grünen (43 %), der Union (38 %) und der SPD (36 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher formaler Bildung (36 % zu 20 %).

Hingegen meinen insbesondere Ostdeutsche (82 %) und über 60-Jährige (71 %) sowie Anhänger der AfD (94 %) und der FDP (86 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	17 (-18)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	11 (+7)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	10 (+2)
Brand in Notre-Dame	8 (neu)
Umweltpolitik/-schutz	8 (+2)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO ₂ -Ausstoß	5 (-1)
Erhebungszeitraum	15.-16.04.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Linkspartei (27 %), der Union (26 %) und der FDP (23 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit mittlerer und hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (21 % zu 8 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (21 % zu 11 %). Anhänger der AfD (7 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

